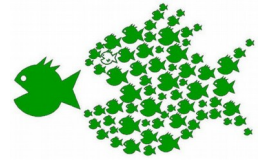


Piranja



**Informationen und Neues aus den Syndikaten und Lokalföderationen
Freie Arbeiter_innen Union (FAU) Bielefeld, September 2018, Nr. 4/2018**



FREIE ARBEITERINNEN- UND ARBEITER-UNION BIELEFELD

bielefeld.fau.org | faubi-kontakt@fau.org

[FAU Bielefeld]

Zuwanderung? Ja, aber nur qualifiziert!

Auf den ersten Blick ist es paradox: in einer Situation in der die Ablehnung der Zuwanderung nach Deutschland durch Teile der deutschen Bevölkerung und durch die AfD zum allseits diskutierten Phänomen wird, will die Bundesregierung die Zuwanderung erleichtern! Nicht zuletzt als Reaktion auf die regelmäßig wiederholten Warnungen der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände vor dem „Fachkräftemangel“¹ wird die Bundesregierung noch dieses Jahr ein (Fachkräfte-) Zuwanderungsgesetz vorlegen².

Wir können davon ausgehen, dass die Politik der CSU und des Bundesministers des Inneren und für Heimat(!) Seehofer, begleitet von den offen-nationalistischen Forderungen der AfD, nicht konfliktlos mit den Forderungen der Wirtschaft nach Arbeitskräfteeinwanderung in Übereinstimmung zu bringen sein wird. Angesichts der nationalistischen Stimmungsmache gegen die Immigration nach Deutschland können die Beobachtenden der Regierungspolitik schon einmal in Verwirrung geraten. Brauchen wir nun Migrant*innen oder wollen wir sie nicht? Stehen wir kurz vor der „Überfremdung“ oder fehlen Deutschland die Lohnabhängigen zur Pflege der Alten und Kranken und zur Behebung des Fachkräftemangels? Während in zahlreichen Städten gegen die Einwanderung von Menschen aus „Drittstaaten“ (= Nicht-EU-Staaten) gehetzt wird, fordern die Arbeitgeberverbände, hier insbesondere die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), die Zuwanderung von (qualifizierten) Menschen aus Drittstaaten zu erleichtern.

Einwanderung im Interesse der Unternehmen

Wenn wir unseren Überlegungen zu diesem vermeintlichen Widerspruch die Logik der nationalstaatlich und kapitalistisch organisierten Produktionsweise zu Grunde legen, besteht hier gar kein



Widerspruch. In der kapitalistisch organisierten Wirtschaft geht es primär darum, ein hinreichend ausgebildetes Arbeitskräftereservoir vorzufinden, um dieses, unabhängig von Nationalität, Rasse und Geschlecht, mit dem Ziel der Gewinnerzielung auszubeuten. Für Teile der Lohnabhängigen, die nicht die manipulative Kraft des Nationalismus und der kapitalistischen Produktion bewusst zurückweisen und deren soziale Lage zudem durch niedrige Löhne, schlechte Arbeitsbedingungen und eine unsichere Zukunft geprägt ist, kann die Immigration eine Bedrohung darstellen und sie wenden sich dem Nationalismus zu. Für die Unternehmen und ihnen politisch besonders nahestehende Parteien (z. B. die CDU) und Berufspolitiker*innen steht hingegen gar nicht in Frage, ob es in verschiedenen Bereichen auf dem Arbeitsmarkt an arbeitswilligen und kompetenten Lohnabhängigen fehlt, für sie und Teile der massenmedialen Öffentlichkeit ist es ein Faktum. Schaut man aber genauer hin, so ist

die zentrale Sorge der Unternehmen, dass die Löhne steigen könnten, da es nicht genügend Bereitwillige gibt, die zu Niedriglöhnen arbeiten wollen. Beispielhaft sei auf die Sorgen der bayerischen Hotelbranche verwiesen, in der die Angst umgeht, es könnte bald keine „billigen“ Tschechen*innen mehr geben, die für relativ niedrige Stundenlöhne malochen, da Deutsche wegen der Lohnstruktur und den Arbeitsbedingungen ohnehin kaum in den geringer qualifizierten Berufen der Hotelbranche beschäftigt sind³. Die BDA wünscht sich auch deshalb, dass die Einwanderung von Fachkräften erleichtert wird, indem u. a. die sog. Positivliste, die Berufe beinhaltet, in denen Fachkräftemangel herrscht, abgeschafft wird und damit Personen entsprechender Qualifikation bei einem konkreten Jobangebot zuwandern dürfen. Auch sollten gemäß der BDA Menschen künftig ohne Arbeitsplatzangebot einwandern können, dies solle aber nur für ausländische Fachkräfte gelten, da ansonsten das „System der Erwerbsmigration“ diskreditiert werden könnte⁴.

Für die BDA ist es deswegen wichtig zwischen Helferstellen und Fachkräftenstellen zu differenzieren, da bei den Helferstellen kein Mangel vorherrsche. Diese kurze Schilderung der Forderungen der Arbeitgeber verdeutlicht, dass wir als Lohnabhängige, unabhängig davon aus

welchem Nationalstaat wir auch kommen mögen, immer nur die Manövriermasse der Unternehmen sein werden. Wenn wir diese Situation beenden wollen, müssen wir einerseits in klassenkämpferische und gesellschaftstransformierende Gewerkschaften eintreten und uns andererseits ein angemessenes Bild von den gesellschaftlichen Verhältnissen machen. Dies bedeutet uns einzugestehen, dass eine überwiegende Mehrheit der Menschen nicht autonom über ihr Schicksal entscheiden kann, z. B. hinsichtlich der Fragen: Wo möchte ich leben? Wie möchte

ich arbeiten?, sondern vielmehr durch die Profitinteressen der Unternehmen fremdbestimmt ist und dementsprechend arbeiten muss, wie es die Unternehmen wünschen.

Gegenprojekt:

Klassenkämpferisch organisieren

Wir sollten uns deshalb keine Illusionen über die Offenheit der Unternehmen machen, da deren Bereitschaft Migrant*innen einwandern zu lassen, davon abhängt, wie die Geschäfte laufen. Zugleich müssen wir uns selbst darüber aufklären,

dass die nationalistischen Versuche, eine geschlossene Gesellschaft zu errichten, Schläge gegen uns alle sind, da wir damit nicht nur zur willfähigen Manövriermasse der kapitalistischen Wirtschaft, sondern auch zu den Karrierehelfern der nationalistischen Politiker*innen werden.

Ricardo Kaufer

Freie ArbeiterInnen- und Arbeiter-Union Bielefeld

1 Z. B.: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.11.2017: „*Fachkräfte-Engpässe: Die Bewerber sind die Chefs*“. URL: <http://www.faz.net/aktuell/beruf-chance/beruf/arbeitsmarkt-wandelt-sich-von-nachfrage-in-anbietermarkt-15296060.html>
 2 Zeit online: *Zuwanderung. Koalition einigt sich auf Eckpunkte für Einwanderungsgesetz*. 16.08.2018. URL: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-08/zuwanderung-bundesregierung-einwanderungsgesetz-entwurf>
 3 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.07.2017: „*Wen das Arbeitsmarktwunder in Tschechien beunruhigt*“. URL: <http://plus.faz.net/faz-plus/wirtschaft/2017-08-01/wen-das-arbeitsmarktwunder-in-tschechien-beunruhigt/37823.html>
 4 BDA: *Fachkräftezuwanderung erleichtern – Umsetzungsprobleme lösen, Zuwanderungsrecht systematisieren und weiterentwickeln*. 13.07.2018. S. 10. URL: <https://www.arbeitgeber.de/www/.../Stn-Fachkraeftezuwanderung%20erleichtern.pdf>

[FAU BERLIN]

Abschluss zweier Haustarifverträge

Zum Sommer konnte das Allgemeine Syndikat Berlin der FAU (FAU Berlin) in zwei Betrieben jeweils Haustarifverträge abschließen. Während in einem Betrieb ein bereits bestehender Tarifvertrag nach dem Laufzeitende in langwierigen Verhandlungen neu ausgestaltet wurde, handelte es sich bei einer Schule in freier Trägerschaft um einen Erstabschluss. Beide Tarifverträge unterstreichen was möglich ist, wenn sich die Mehrheit der Belegschaft einer kämpferischen Basisgewerkschaft anschließt.

Mehr Geld und (noch) mehr Mitbestimmung in Einzelhandelsunternehmen

Die im Dezember 2017 begonnenen Verhandlungen über einen neuen Haustarifvertrag für die Beschäftigten in einem Berliner Einzelhandelsunternehmen wurden im Juli 2018 erfolgreich abgeschlossen. Die Forderungen der Betriebsgruppe nach besserer Bezahlung und selbstbestimmter Arbeitszeitgestaltung konnten von der Tarifkommission am Verhandlungstisch durchgesetzt, die aktive betriebliche Mitbestimmung gestärkt werden.

Hier findest du unsere Tarifpolitischen Richtlinien

Bemerkenswert ist, dass die Beschäftigten, deren Betrieb im ehemaligen Ost-Berlin angesiedelt ist, im kommenden Jahr aufgrund der vereinbarten Steigerungen das Tariflohniveau West des ver.di-Tarifabschlusses leicht überschreiten werden und bereits jetzt deutlich mehr erhalten als die nach Tarif entlohnten Arbeiterinnen und Arbeiter, für welche das Tariflohniveau Ost maßgeblich ist. Die markantesten Punkte des Tarifvertrages sind:

- Absicherung der Lohnprogression: Be-



reits im vorherigen Haustarifvertrag erkämpften die Beschäftigten eine jährliche Steigerung des Stundenlohns um die jeweilige Inflationsrate plus zwei Prozent, mindestens jedoch um 50 Cent

- Rückwirkende Lohnerhöhung zum 1. Februar 2018 um 4,4%

- Steigerung des Urlaubs- und Weihnachtsgeld von je 30% auf 50% des monatlichen Bruttolohns

- Mehr Mitbestimmung: Die Betriebsgruppe der FAU Berlin genießt bereits jetzt dieselben Mitwirkungsrechte wie ein Betriebsrat. Der aktuelle Tarifabschluss erweitert diese um die Möglich-

keit der Gründung eines Wirtschaftsausschusses, welchem die Geschäftsführung sämtliche betriebswirtschaftlichen Auswertungen zur Einsicht zugänglich machen muss. Der Zugang zu Unternehmensdaten verbessert nicht nur die Verhandlungsposition der Beschäftigten in zukünftigen Tarifverhandlungen, sondern ermöglicht auch ein besseres Verständnis der Konsequenzen zukünftiger Unternehmensentscheidungen und damit die Möglichkeit, frühzeitig gegen nachteilige Entwicklungen vorzugehen.

Ein Schritt in Richtung Kollektivbetrieb: Tarifvertrag an Alternativschule in Kraft getreten

Wenn die Beschäftigten einer Alternativschule nach den Sommerferien in diesen Tagen ins neue Schuljahr starten, werden sie dort unter ganz neuen Bedingungen miteinander arbeiten: Nach Abschluss eines Tarifvertrags mit dem Trägerverein der Alternativschule werden die Arbeitsverhältnisse an der Schule erstmals verbindlich und einheitlich geregelt. Wie dies in vielen sich als progressiv verstehenden Betrieben immer wieder einmal vorkommt, hat das Team

zuvor schlechte Erfahrungen mit einem inzwischen abgewählten Vorstand machen müssen, der das Selbstverständnis der Schule als Ort für selbstbestimmtes Arbeiten ohne Hierarchien ebenso aus dem Blick verloren hatte wie zahlreiche informelle Absprachen über die Rechte der Beschäftigten. Darum haben diese sich nun mit großer Mehrheit in der FAU organisiert und einen Tarifvertrag ausgearbeitet, der ihre Rechte und Pflichten am Arbeitsplatz verbindlich regelt. Gleich zu Beginn wird in dem Vertrag klargestellt: „Wir arbeiten kollektiv.“ Die Beschäftigten haben mit dem Instrument des Tarifvertrags ihren Arbeitsplatz ein gutes Stück weit zu einem Kollektivbe-

trieb umgestaltet:

- Betriebliche Demokratie: Sie haben das Recht, über betriebliche Entscheidungen wie Einstellungen, Arbeitszeit und Dienstpläne abzustimmen.

- Einheitslohn: Es wird ein Einheitslohn unabhängig von Qualifikation und Stellung im Betrieb gezahlt.

- Mitbestimmung ist Arbeitszeit: Arbeitszeit, die die Beschäftigten für die Wahrnehmung ihrer Mitspracherechte verwenden, wird mit einer Pauschale bezahlt und der Trägerverein übernimmt auch weitere Kosten, die dabei anfallen.

- Kein Befristungstrend: Beschäftigung auf Honorar- oder Werkvertragsbasis ist nur noch zusätzlich zum regelmäßigen

Betrieb möglich und Befristungen gibt es nur in definierten Ausnahmefällen.

- Den Umständen entsprechen: Eine Reihe von sozialen Verbesserungen wurden erreicht: Familienzuschlag für Beschäftigte, die Angehörige pflegen oder betreuen bzw. Unterhalt zahlen, Aufstockung des Krankengeldes auf die volle Lohnhöhe, sechs Wochen Urlaub, Überstundenzuschläge, weiterreichende Ansprüche auf Lohnfortzahlung bei Verhinderung oder medizinischen Eingriffen.

Darum: Beitreten, organisieren und kollektiv mehr erreichen!

FAU Berlin

[FAU Bielefeld]

Politisch Wandern und Erinnern mit den „Schwarz-roten Bergwander_innen“

Im Südosten Sachsens, im Elb-Sandstein-Gebirge in der „Sächsischen Schweiz“ leben manche Traditionen bis heute fort. Die Region ist seit langem Ziel für Wanderer_ und Kletter_innen. So auch im August 2018, als sich in der Nähe von Pirna, einige Kilometer hinter Dresden, ca. 60 – 70 Menschen trafen, viele aus den Basisgewerkschaften der FAU, um dort acht Tage lang gemeinsam zu wandern, zu klettern, zu erinnern, zu diskutieren, zu kochen, zu spielen, Gedichten zu lauschen, Musik zu machen ...



Die Schwarz-Roten Bergsteiger_innen

In der FAU Dresden haben sich einige Genoss_innen in der AG der „Schwarz-Roten Bergsteiger_innen“ (mehr: <https://srb.fau.org/>) organisiert. Neben dem gemeinsamen Klettern und Wandern steht das Erinnern an Verfolgung und Massenmord in, sowie den Widerstand gegen die NS-Diktatur zwischen 1933 und 1945 im Vordergrund ihrer Aktivitäten. Der Widerstand wurde zumeist von Menschen aus der Arbeiter-

passten, aussortiert, weggeschlossen, zwangssterilisiert oder ermordet.

In Pirna wurden ab 1933 ca. 15.000 Menschen in den Gaskammern, durch Verhungern und mit Überdosen von Medikamenten ermordet. Die Toten wurden anschließend verbrannt, ihre Asche wehte über die nahe Stadt, der Gestank von verbrannten Menschen durchzog die Straßen. Niemand konnte dort sagen, sie/er habe von nichts gewusst! Es ist heute wichtiger denn je, an diese ungeheuerlichen Verbrechen, die von AFD und andere Nazis herunter gespielt und relativiert werden, zu erinnern.

folgte über die Grenze in die damalige Tschechoslowakei in Sicherheit. Zurück kamen sie mit Flugblättern, Büchern und anderen Informationen, die in der Tschechoslowakei gedruckt wurden, um im Nazi-Deutschland verteilt zu werden.

Erinnert haben wir an den Widerstand in der Region. Wir brachten in einem heute verlassenen Dorf wir eine Mahntafel an.

Mein Fazit: Ein sehr gelungenes politisches Wanderseminar. Geschichte wurde nicht nur sprachlich und abstrakt vermittelt. Wir spürten die mörderischen Untaten der Nazis und ihrer willfährigen Schergen in den weißen Kitteln hautnah, bis in unsere Füße. Das war nicht immer einfach zu verarbeiten, muss auch nicht.

Hoffnung brachten mir die Menschen wieder, die Widerstand leisteten, sich nicht mit den Nazis arrangierten. Ich spüre jetzt wieder viel deutlicher, das ich auch hier und heute etwas gegen rassistische Hetze, Ausgrenzung und Gewalt tun muss, ganz gleich, aus welcher politischen Ecke oder sozialem Milieu dies kommt. Niemals vergessen, niemals vergeben. Faschismus ist keine Meinung, Faschismus ist Krieg und Mord!

Aussortieren, wegbringen, ermorden

Unsere erste Wanderung am Montag führt uns dann direkt nach Pirna. Dort, oberhalb des Zentrums der sächsischen Kreisstadt liegt das Gelände der ehemaligen Heil- und Pflegeanstalt „Sonnenstein“. In der Anstalt lebten psychischen kranke Menschen und Menschen mit geistigen Handicaps. Die Nazis sortierten diese Menschen auf Grund ihrer rassistischen „Euthanasie-Programme“ aus. Sie und ihnen willigfährige Wissenschaftler_innen definierten darin, was „lebenswertes Leben“ sei und was nicht. Dem folgend wurden Menschen, die nicht in ihre „deutschen Standards“

„Todesmärsche“ 1945

Die zweite Wanderung führte uns in das deutsch-tschechische Grenzgebiet. Ab April 1945 fanden dort sog. „Todesmärsche“ von Häftlingen aus den umliegenden KZs statt. Es war damals bitter kalt, es gab wenig zu essen. Wer abends erschöpft war, nicht mehr weiter konnte, wurde von SS-Wachmännern erschossen. In einigen Dörfern und auch am Wegesrand gibt es Mahntafeln, die an die Verbrechen und Toten erinnern.

Widerstand, Erinnerung, Hoffnung

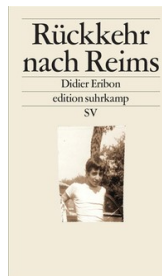
Oft unter Lebensgefahr brachten Menschen im Widerstand von den Nazis Ver-

faubil

[FAU Bielefeld] Schwarzer Freitag am 28.09.2018, 20 Uhr im FAU-Lokal

Aufbruch und Rückkehr? Reflexionen zu Didier Eribons „Rückkehr nach Reims“

Das Buch von Didier Eribon „Rückkehr nach Reims“ hat mich sofort mitgenommen, fasziniert, nicht mehr los gelassen, seit dem ich es im Frühjahr 2017 gelesen habe. Ich habe mich in vielem, was Eribon autobiografisch beschrieb und zugleich soziologisch analysierte, wieder erkannt.



Eribons Biografie ist von Brüchen und Widersprüchen geprägt. Er ist in Reims als Sohn einer ungelernten Arbeiterin und eines ungelernten Arbeiters aufgewachsen. Er machte dort Abitur, näherte sich der Schwulenszene der Stadt an, trotz

seiner sozialen Herkunft. Eribon wuchs in einer homophoben und latent bis offen nationalistischen und rassistischen Umgebung auf, nach dem Abitur flüchtete er nach Paris.

Doch Eribon fragt sich und uns, inwieweit schleppen wir unser soziales Erbe, unsere soziale Herkunft ein Leben lang mit uns herum? Sind wir dadurch quasi vorverurteilt, zu dem zu werden, was unsere Eltern waren? Haben wir eine wirk-

lich freie oder autonome Wahl, welchen Platz wir in der Gesellschaft einnehmen? Werden wir den Geruch der Arbeiter_innen-Klasse wieder los? Und was bedeutet Rückkehr?

Didier Eribon ist 1953 in Reims geboren, hat in Paris Philosophie studiert, arbeitete als Journalist, Autor, Soziologe und Philosoph und lehrt heute als Professor an der Universität in Amiens.

„Als sein Vater stirbt, reist Didier Eribon zum ersten Mal nach Jahrzehnten in seine Heimatstadt. Gemeinsam mit seiner Mutter sieht er sich Fotos an – das ist die Ausgangskonstellation dieses Buchs, das autobiografisches Schreiben mit soziologischer Reflexion verknüpft. Eribon realisiert, wie sehr er unter der Homophobie seines Herkunftsmilieus litt und dass es der Habitus einer armen Arbeiterfamilie war, der es ihm schwer machte, in der Pa-

riser Gesellschaft Fuß zu fassen. Darüber hinaus liefert er eine Analyse des sozialen und intellektuellen Lebens seit den fünfziger Jahren und fragt, warum ein Teil der Arbeiterschaft zum Front National übergelaufen ist. Das Buch sorgt seit seinem Erscheinen international für Aufsehen.“

(https://www.suhrkamp.de/buecher/rueckkehr_nach_reims-didier_eribon_7252.html)

Am **Freitag, 28.09.2018, ab 20 Uhr**, möchte ich im FAU-Lokal, Metzger Str. 20, Bielefeld, Eribons Gedanken, Biografie und soziologischen Analysen in Teilen vorstellen, meine Interpretationen mitteilen. Das Buch liest sich nicht immer ganz einfach, für mich aber sehr spannend, und glaubhaft!

faubi1

FAU - Die andere Gewerkschaft

Die FAU Bielefeld ist eine unabhängige, basisdemokratische und selbstorganisierte Gewerkschaft ohne Funktionäre!

Sie ist bundesweit in der Gewerkschaftsföderation der Freien ArbeiterInnen Union (FAU) organisiert.

Die Freie Arbeiterinnen und Arbeiter Union (FAU) ist eine klassenkämpferische Gewerkschaftsföderation. Sie geht von ei-

nem grundsätzlichen Interessengegensatz zwischen Kapital und Lohnabhängigen aus. Die FAU besteht aus Zusammenschlüssen von unabhängigen Syndikaten. Basis der Organisierung bilden die unabhängigen Syndikate, die sich die Ziele und Prinzipien der FAU und des Anarcho-Syndikalismus zu eigen machen.

In der FAU entscheiden die Mitglieder

selbst. FunktionsträgerInnen und Delegierte sind weisungsgebunden und lediglich ausführende Organe.

Die FAU strebt eine freie, klassenlose Gesellschaft an, in der alle Menschen gemäß ihren Bedürfnissen leben und ihre Fähigkeiten frei entfalten können.

Mitgliedsantrag FAU Bielefeld

Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 1 % des regelmäßigen monatlichen Nettoverdienstes. Der Mindestbeitrag beträgt 10,- Euro monatlich. Bei ökonomischen Notlagen kann per Antrag der Beitrag gesenkt oder erlassen werden. Jedem Mitglied steht es frei, höhere Beiträge zu

zahlen.

Die Beiträge können per Dauerauftrag, Bankeinzug oder in bar entrichtet werden.

Den vollständigen Antrag gibt es auf: <http://bielefeld.fau.org/files/2016/03/mitgliedsantrag.pdf>

Bitte ausdrucken, ausgefüllt und unterschrieben per Post oder persönlich an:

Freie ArbeiterInnen-Union Bielefeld
Metzger Str. 20, 33607 Bielefeld

Web: <http://bielefeld.fau.org/>

Kontoverbindung: FAU Bielefeld
IBAN: DE47 8306 5408 0004 7884 78

Das Allgemeine Syndikat (Gewerkschaft für alle Berufe) in der FAU Bielefeld trifft sich jeden 2. Montag, am 10. und 24. September, um 18.30 Uhr, im FAU-Lokal, Metzger Str. 20, Bielefeld

Gewerkschaftliche Beratung: montags, 16.00 – 18.00 Uhr

mehr auf: bielefeld.fau.org

Bibliothek und Archiv: Bücher und Materialien u.a. zu gewerkschaftlichen Kämpfen, Streiks, Arbeiter_innen_bewegung und ihre Geschichte, Syndikalismus, Anarchie in Bewegung